

# Steinkohlekraftwerk: 16 Tage Einspruchsfrist

## UMWELT Gegen den Flächennutzungsplan kann jeder Einwendungen erheben / Widerstand formiert sich

Von Joachim Wilisch

**WESTHAVELLAND** | Die Pläne zum Bau eines Steinkohlekraftwerkes bei Stendal, in direkter Nachbarschaft zum Buga-Standort und dem Naturpark Westhavelland (MAZ berichtete), sind konkreter als zunächst angenommen.

Noch bis zum 18. September liegt der Vorschlag zur Änderung des Flächennutzungsplanes für den Industriepark Arneburg in der Gemeindeverwaltung Arneburg aus. Bis zu diesem Zeitpunkt haben jeder Bürger, jede Stadt, jede Kommune, jeder Verein die Möglichkeit, dagegen Widerspruch einzulegen.

„In dem Flächennutzungsplan werden die Voraussetzungen geschaffen, dass an dieser Stelle ein Steinkohlekraftwerk errichtet werden kann“, sagt Robert Gericke von der Bürgerinitiative, die den Kraftwerksbau verhindern will.

Inzwischen gibt es erste Reaktionen aus der Region. Daniel Förster, Abgeordneter

der Partei Die Linke in der Stadtverordnetenversammlung Rhinow sagte, der Bau des Steinkohlekraftwerkes sei ein „Todesstoß für den regionalen Tourismus“. In den vergangenen Jahren sei der Natur-Tourismus als wichtige wirtschaftliche Perspektive für das Havelland entwickelt worden. Der Stadtverordnete weiter: „Wer möchte schon in einem Naturschutzgebiet

Fahrrad fahren, wenn er verschmutzte Luft einatmet und Umweltschäden sieht?“

Angesichts der gewaltigen Emissionsmengen und zu erwartenden Umweltschäden, unterstützt Förster den Widerstand gegen die Kraftwerkspläne und appelliert, gegen den Flächennutzungsplan Widerspruch einzulegen.

Der stellvertretende Sprecher der Linken im Kreisrat

Christian Görke MdL konstatierte: „Ein Steinkohlekraftwerk passt nicht in die sensible Havellandschaft.“

Das Projekt habe mit seinen „Emissionen jeglicher Art erhebliche Umwelt- und klimapolitische Auswirkungen in einer sensiblen Region mit Naturschutzgebieten und einem internationalen Vogelschutzgebiet“.

Görke kritisiert, dass die angrenzenden Kommunen und der Landkreis Havelland nicht frühzeitig über den geplanten Kraftwerksbau informiert wurden und ihnen bislang offiziell die Pläne noch nicht bekannt sind.

Die Linksfraktion im Kreistag Havelland hat aus diesem Grund eine schriftliche Anfrage an die Kreisverwaltung Havelland gestellt, um die Umweltverträglichkeit und die wirtschaftliche Perspektive eines solchen Kraftwerkes prüfen zu lassen.

Auch im Rathenower Rathaus sind Unterlagen, soweit sie zu dem Projekt zur Verfügung standen, gestern ge-

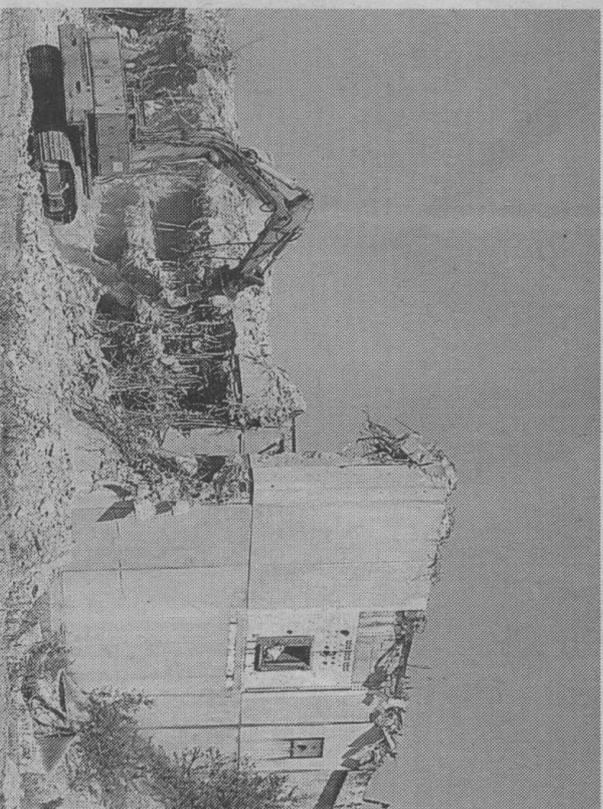
prüft worden. Stadtsprecher

Jörg Zietemann sagte, es werde bald eine Entscheidung geben, wie die Stadt Rathenow reagiere. „Neben den Bedenken hinsichtlich Naturpark und Bundesgartenschau spielt ja auch die Gefährdung der Gesundheit eine bedeutende Rolle“, sagte er.

Das geplante Kraftwerk liegt näher, als viele glauben. Vom Standort Arneburg bis Strodehne sind es gerade mal 14 Kilometer Luftlinie. „Dabei kann man das CO<sub>2</sub> mit dem Mund hinblasen“, sagte ein Stadtverordneter aus Rhinow. Bis Rhinow und Rathenow sind es etwa 22 bis 25 Kilometer Luftlinie.

Die Bürgerinitiative gegen das Kraftwerk informiert am Freitag um 19 Uhr in Strodehne (Gasthaus) zu dem Thema. Am 9. September ist ein Informationsabend im Schollene (Mühlenbergbrauerei).

**Info** Einwendungen gegen den Flächennutzungsplan sind abzuliefern bei der Stadt Arneburg, Breite Straße 1, in 39596 Arneburg.



Die Baufläche wird bereits beräumt.

FOTO: DPA